

Die Aussenpolitik der Regierung Brandt

Autor(en): **Stützle, Walther**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 10

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162367>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wochen mässigend auf die ihnen nahestehenden Konfliktparteien eingewirkt zu haben, freilich ohne sichtbaren Erfolg. Der *Kleinkrieg*, gekennzeichnet durch ununter-

brochene Scharmützel, Artillerieduelle, Sabotageaktionen und Luftkämpfe, bleibt Normalzustand im Nahen Osten.

Fabius

DIE AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG BRANDT

Status quo und Wandel

«Es gibt kein Land, das bessere Gründe hat, zugleich die Erhaltung des Status quo und einen Wandel zu wünschen», so hat der französische Politologe Pierre Hassner einmal bemerkt. Keine Bonner Regierung, welcher Couleur auch immer, kann sich aus diesem fundamentalen Dilemma deutscher Politik hinwegstellen. Der individuellen Fähigkeit der jeweiligen Regierung bleibt aber überlassen, unterschiedliche Mittel einzusetzen und Wege zu suchen, um die widersprüchlichen Aufgaben deutscher Politik optimal zu harmonisieren. Der von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 beschworene «Wille zur Kontinuität» bedeutet eine Anerkennung dieser Gesetzmässigkeiten. Das unmissverständliche Festhalten am Nordatlantischen Bündnis als der Basis dieser Politik ist logisch. «Sein fester Zusammenhalt», so Brandt, «ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen.»

Dennoch ist in den ersten Phasen Brandtscher «Politik der Bewegung» ein neuer Bezugsrahmen deutlich geworden; in der Regierungserklärung heisst es: «Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen.» Mit anderen Worten: Gesamteuropa und nicht länger nur Westeuropa ist gemeint, wenn von Europa die Rede ist. Die erklärte Hauptaufgabe sei daher, «an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten». Ohne deren Architektur schon näher zu skizzieren, wird ihre tragende Säule «Gleichgewicht» heissen. Deren Herstellung und damit die Wiederfindung

der Identität Europas ist aber nur möglich, «wenn dies auch von Moskau, von Warschau und von Ost-Berlin gewollt wird» (Helmut Schmidt).

«Wiedervereinigung» realistisch interpretiert

Ost-Berlin fällt in diesem Prozess eine zentrale Rolle zu. Das Ziel Brandts ist, mit der DDR «... über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen». Diesem «Miteinander» gibt Brandt einen konkreten Inhalt, indem er einerseits etwas weglässt, was bisher noch keine Bonner Regierungserklärung weggelassen hat: das Wort «Wiedervereinigung», andererseits aber möchte er ein «weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation» vermeiden, also deren Einheit bewahren und damit zugleich dem Wiedervereinigungs-Auftrag neue Impulse geben. Die Formel «zweier Staaten deutscher Nation», die füreinander nicht Ausland sind und deren Beziehungen zueinander deshalb auch nur «von besonderer Art» sein können, könnte in sich ein interessantes Modell bergen, dessen Konturen vielleicht deutlicher werden, nimmt man den Appell Brandts hinzu, «dass die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben». Dieses Modell könnte möglicherweise die Gewährung eines qualitativ abgestuften, zunächst die Wiedervereinigungsautomatik nicht einschliessenden Selbstbestimmungsrechts beinhalten. Damit würde den ohnehin irrationalen und durch die oft wiederholten Gewaltverzichtserklärungen der Bundesregierung recht unglaublichen Befürchtungen Ost-Berlins um die territoriale Integrität der DDR auch der letzte

Boden entzogen werden. Die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, das Angebot, durch direkte und «beiderseits ohne Diskriminierung» geführte Verhandlungen mit Ost-Berlin zu einer vertraglich fixierten Zusammenarbeit zu gelangen, sowie die Bereitschaft, auch mit der DDR selbst ein Abkommen «über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt» zu schliessen, könnten als Bausteine eines solchen Deutschland-Modells begriffen werden.

Dem Grundgesetz-Gebot, «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden» würde damit realistisch entsprochen. «Wiedervereinigung» kann heute realiter kaum etwas anderes bedeuten, als einen Ausgleich ohne Machtzuwachs zu suchen; das aber heisst, die ungehinderte menschliche, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Verflechtung («Wiedervereinigung») der beiden Teile Deutschlands unter dem Dach einer Nation, aber unter Beibehaltung zweier, selbständiger staatlicher Organismen anzustreben.

Das Spiel um den «Staatsvertrag»

Der Erfolg dieses Konzepts wird nicht nur von dem Ausgang der ganz bestimmt heftigen innenpolitischen Kontroversen in der BRD abhängen, sondern in allererster Linie von der Reaktion der DDR und den anderen osteuropäischen Nachbarn. Ob dabei die Kernidee Brandtscher Deutschland-Politik – der DDR, im Gegenzug für innerdeutsche Verbesserungen bei der Öffnung des internationalen Parketts nicht mehr im Wege zu stehen – den Reiz auf die nach internationaler Profilierung suchende DDR ausübt, den sie enthält, bleibt abzuwarten. Ost-Berlins bisherige Reaktionen geben jedenfalls keinen Grund zum Optimismus. Der jüngst Bundespräsident Heinemann übersandte Entwurf eines Staatsvertrages zwischen der DDR und der BRD ist dafür ein beredtes Zeugnis. Der langen Kette der hier in Vertragsform gekleideten Maximalforderungen wurde nachträglich noch das Ansinnen hinzugefügt, die BRD

solle vom Deutschland-Vertrag abrücken – eine Steigerung ins beinahe Groteske. Ulbrichts Position scheint dabei durch zwei Umstände bestimmt zu sein: einerseits durch den Unwillen, seine eigene Position zu überprüfen und andererseits durch die Absicht, der Bundesregierung nachzuweisen, dass sich an ihrer bisherigen («revanchistischen») Politik in Wirklichkeit nichts geändert habe. Ulbricht scheint auf ein resignierendes Bonner «Nein» abzielen, gekoppelt mit der Aufgabe des Versuchs, ihn zum Gespräch herauszufordern; ferner hofft er die osteuropäischen Verbündeten davon zu überzeugen, dass die Schuld für das Nichtzustandekommen der von ihnen gewünschten Entspannung in Mitteleuropa ausschliesslich bei Bonn liege.

Die Ankündigung der Bundesregierung, mit einem eigenen Vertragsentwurf antworten zu wollen, zeigt, dass man sich von Ulbricht nicht wieder in die Defensive reden lassen will. Auch die bereits begonnenen Gewaltverzichtsverhandlungen mit Moskau sowie die Gespräche mit Warschau werden es Ulbricht schwer machen, seine Alles-oder-Nichts-Politik schadlos für sich selbst weiter zu verfolgen. Die Parallelität dieser zwar bilateral geführten aber miteinander synchronisierten Verhandlungen soll Ost-Berlin aber auch zeigen, dass es Bonn in keinem Fall um die Isolierung Ost-Berlins geht.

Dialog mit Polen

Bei den Verhandlungen in Warschau kann es realistischerweise nicht darum gehen, *ob*, sondern *wie* die Oder-Neisse-Grenze von der BRD anerkannt werden kann. Polens Einwilligung in das Verhandlungsangebot der Bundesregierung zeigt Warschaws Verständnis für die Notwendigkeit, für die gewünschte Anerkennung der polnischen Westgrenze den richtigen Rahmen zu finden. Aber selbst wenn dieser etabliert ist, wären mit der Anerkennung der Westgrenze allein noch nicht alle Probleme gelöst. Als weit schwieriger könnte sich zum Beispiel die Aufgabe erweisen, den Polen glaubhaft zu machen, dass die BRD ihre Westgrenze wirklich akzeptiert habe. Ein

Gewaltverzicht der BRD gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten (einschliesslich der DDR) könnte sich hier nicht nur als «eine sublimale Form der Erfüllung der östlichen Forderungen nach Hinnahme des territorialen Status quo» erweisen (Wolfgang Wagner), sondern gleichzeitig der wichtigen atmosphärischen Entspannung zum Durchbruch verhelfen. Durch die Unterzeichnung des Nichtweiterverbreitungsvertrages hat Bonn auch in diesem Bereich bereits einen wichtigen Beitrag zur Entspannung geleistet. Nun wird es darauf ankommen, ob aus Osteuropa entsprechende Zeichen der Bereitschaft zum Ausgleich kommen. Eine Verständigung mit Polen über seine Westgrenze wird gesamteuropäisch nur sinnvoll sein, wenn Warschau die Zusammengehörigkeit der deutschen Nation anerkennt, denn nur mit dieser und nicht mit der BRD allein hat Polen eine gemeinsame Grenze.

Gespräche in Moskau

Ein Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau müsste mit einem Verzicht der UdSSR

auf das aus der UN-Charta abgeleitete Interventionsrecht gegenüber der BRD verbunden sein. Moskaus Bereitschaft zum Ausgleich muss sich aber auch am neuralgischsten Punkt, Berlin, erweisen. Die Reaktion auf die von den Westmächten eingeleitete Berlin-Initiative muss erkennen lassen, ob Moskau zu mehr als nur einer willkürlich gewählten und stets kündbaren Abstinenz vom Sticheln an diesem Punkt bereit ist. Davon wie auch von der innerdeutschen Kooperationsfreudigkeit Ost-Berlins wird es wiederum entscheidend abhängen, wann es zu der von Bundeskanzler Brandt im Prinzip begrüßten europäischen Sicherheitskonferenz kommen kann.

Die Bundesregierung erwartet erklärermassen keine schnellen Ergebnisse ihrer Politik der Bewegung, deren Leitsatz ist: «Keine Angst vor Experimenten.» Aber es wird, vor allem für Ost-Berlin, nicht leicht sein, sich gegen alle Entspannungsversuche zu sperren, ohne schliesslich selbst, auch von der eigenen Öffentlichkeit, im Bremserhäuschen entdeckt zu werden.

Walther Stützle

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Klimawandel

Der letzte Monat der sechziger Jahre fiel nicht aus dem Rahmen dieses für schweizerische Begriffe recht bewegten Dezenniums. Öffentliche Kontroversen und parlamentarische Debatten liessen im Dezember nochmals jene merkwürdige Grundstimmung unserer Tage aufscheinen, deren Ursprung schwer zu lokalisieren und deren Charakter kaum exakt zu definieren ist, wenn man über generalisierende Schlagworte wie Unrast, Unlust auf der einen, Satttheit, Stagnation auf der andern Seite hinausgehen will. Es wird noch einiger analysierender Arbeit bedürfen, bis dieser merkwürdig widersprüchliche «Zeitgeist» transparent genug erscheint, um einen gültigen Bestandteil unseres Zeitbewusstseins abzugeben.

Eines aber steht schon jetzt eindeutig fest: Die sechziger Jahre werden im Rückblick späterer Zeiten als eine Periode zunächst unmerklichen, dann aber immer stürmischeren Klimawandels erscheinen. Sie brachten zumindest in bezug auf das Zeitbewusstsein das definitive Ende der «Nachkriegszeit». Hatten die fünfziger Jahre im Zeichen des Wiederaufbaus gestanden – in der unversehrten Schweiz ging es weniger um die Überwindung von Kriegsfolgen als vielmehr um die Bewältigung des wirtschaftlichen Krisenschocks der dreissiger Jahre sowie der Durststrecke der Zeit der Grenzbesetzung –, so brach sich in den sechziger Jahren endgültig die «Wohlstandsgesellschaft» Bahn.

Dieser «Durchbruch» war vor allem psychologischer Art. Hatte man zuvor der andauernden Wirtschaftsblüte nicht so